



Der Präsident der Tschechischen Republik, Prof. Václav Klaus, besuchte am 13. Dezember 2012 die Universität Bayreuth. Eingeladen hatte ihn die Forschungsstelle für Familienunternehmen an der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät.

„Europa braucht Freiheit“

Der Präsident der Tschechischen Republik, Prof. Václav Klaus, plädierte bei seinem Besuch an der Universität Bayreuth für eine grundlegende Umkehr in der Europapolitik

„Zurück zu den Wurzeln, auf denen Europa seine Werte und seine Freiheit aufgebaut hat!“ – dieser Appell, verbunden mit einer eindringlichen Kritik an Ziel und Verlauf der europäischen Integration, stand im Mittelpunkt des Festvortrags, in dem der Präsident der Tschechischen Republik, Prof. Václav Klaus, bei seinem Besuch an der Universität Bayreuth eine grundlegende Neubesinnung in Europa forderte. Rund 1000 Zuhörer hatten sich im Foyer und im größten Hörsaal der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät versammelt und folgten gespannt seinen Ausführungen, die er unter das Thema „Europa braucht Freiheit“ gestellt hatte.



Universitätspräsident Prof. Dr. Rüdiger Bormann und Staatspräsident Prof. Václav Klaus; dahinter der Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Herbert Woratschek (Mitte), und der Direktor der Forschungsstelle für Familienunternehmen, Prof. Dr. Kay Windthorst (li. neben dem Universitätspräsidenten).

Der Präsident der Universität Bayreuth, Prof. Dr. Rüdiger Bormann, würdigte in seiner Begrüßungsansprache den Werdegang des tschechischen Staatspräsidenten und betonte dabei dessen nachdrückliches, in der Erfahrung von Diktatur und Unfreiheit wurzelndes Engagement für Freiheit und Demokratie. Zu Beginn der 1990er Jahre habe Prof. Václav Klaus als Vorsitzender des Bürgerforums aktiv an der „samtenen Revolution“ mitgewirkt, die zur Überwindung des kommunistischen Systems in der Tschechoslowakei geführt habe. Als Finanzminister habe er dann einen bedeutenden Beitrag dafür geleistet, dass sich die Tschechische Republik und die Slowakische Republik auf friedlichem Weg als selbständige Staaten etablieren konnten.

Der Dekan der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, Prof. Dr. Herbert Woratschek, hob in seiner Begrüßung hervor, dass der Präsident der Tschechischen



Republik zugleich ein profilierter Wirtschaftswissenschaftler sei. An der Karls-Universität Prag habe sich Prof. Václav Klaus im Jahre 1991 habilitiert; 1995 sei er von der Wirtschaftshochschule Prag zum Professor für Finanzwirtschaft berufen worden. Er sei gleichermaßen ein ökonomisch denkender Politiker und ein politisch denkender Ökonom. Mit seinem neuen Buch, das kürzlich in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Europa braucht Freiheit. Plädoyer eines Mitteleuropäers“ erschienen ist, gebe der tschechische Staatspräsident Anstöße zu spannenden Kontroversen, wie sie gerade in einer Universität geführt werden sollten.

Der Präsident der tschechischen Republik war auf Einladung der Forschungsstelle für Familienunternehmen an die Universität Bayreuth gekommen. Der Direktor der Forschungsstelle, Prof. Dr. Kay Windthorst, verwies in seiner Begrüßungsansprache auf die charakteristische Wirtschaftskultur in Familienunternehmen. Diese seien in besonderer Weise auf ökonomische Entfaltungsfreiheit und maßvolle staatliche Regulierung sowie auf stabile, verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. Ein von bürokratischen Interventionen geprägtes Regierungshandeln, wie es von Prof. Václav Klaus nachdrücklich abgelehnt werde, gefährde den wirtschaftlichen Erfolg gerade von kleinen und mittelständischen Firmen.

In seinem Festvortrag betonte Staatspräsident Klaus, dass es ihm nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit Details der europäischen Institutionen oder der Währungsunion ankomme. Vielmehr halte er die stetige Vertiefung der europäischen Integration bis hin zur Einführung des Euro insgesamt für eine Fehlentwicklung. Die derzeitige Krise des Euro sei Folge und Ausdruck einer „exzessiven Unifizierung und Denationalisierung Europas“. Erforderlich sei eine grundsätzliche Umkehr, ein Paradigmenwechsel. An dessen Beginn müsse die Einsicht stehen, dass eine fortgesetzte Vertiefung der Integration nicht zu einem stetig steigenden – und erst recht nicht zu einem exponentiell wachsenden – Nutzen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union führe. Im Gegenteil, es spreche viel für die Annahme, dass es im Verlauf des Integrationsprozesses einen Wendepunkt gebe, von dem an der Nutzen für die Mitgliedstaaten kontinuierlich sinkt. Der tschechische Staatspräsident wandte sich in diesem Zusammenhang entschieden gegen eine oberflächliche „Political



correctness“, die insbesondere in den Medien eine kritische Reflexion über die Ergebnisse der europäischen Integration behindere.

Im Hinblick auf die Geschichte der Europäischen Union erklärte Staatspräsident Klaus, dass deren Anfänge – vor allem die Entstehung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) – tatsächlich einen Nutzen für die Mitgliedstaaten hervorgebracht habe. Diese Erfolge wolle er keineswegs bestreiten. Doch die mit dem Vertrag von Maastricht eingeleiteten Schritte auf dem Weg zu einer Politischen Union und ebenso die Europäische Währungsunion hätten sich mittlerweile als konzeptionell falsch erwiesen. Er habe die starke Befürchtung, dass sich die EU deshalb in einer Sackgasse befinde, bekannte der tschechische Staatspräsident. Gipfelkonferenzen der Regierungschefs seien nicht geeignet, um diesen krisenhaften Zustand zu überwinden. Ein viel stärkeres Potenzial liege in einer demokratischen, am Wert der Freiheit orientierten Bewusstseinsbildung in den Nationalstaaten. Doch demokratische Prozesse würden durch immer neue Schritte hin zur politischen Integration geschwächt. Kritische Debatten seien daher dringend erforderlich.

Staatspräsident Prof. Václav Klaus erinnerte daran, dass er sich für die Aufgliederung der Tschechoslowakei in zwei souveräne Staaten nicht zuletzt deshalb eingesetzt habe, weil sich die ökonomischen Unterschiede im früheren tschechoslowakischen Staatsgebiet als ungeeignet für einen einheitlichen Währungsraum erwiesen hätten. Er berief sich auf die „Theorie optimaler Währungsräume“, die der kanadische Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Robert Mundell bereits 1961 publiziert hat. Die darin entwickelten Einsichten in die Voraussetzungen einer gelingenden Währungsunion seien bei der Einführung des Euro – die eine rein politische Entscheidung gewesen sei – massiv verletzt worden. Griechenland sei infolgedessen „nicht die Ursache, sondern das Opfer der Krise“, in der sich die europäische Währung heute befinde. Allerdings, so der tschechische Präsident, erwarte er nicht das Ende des Euro, denn von politischer Seite sei bereits sehr viel in die gemeinsame Währung investiert worden. Doch es drohe eine Stagnation, wenn bei der politischen und ökonomischen Gestaltung Europas nicht bald ein „Paradigmenwechsel“ eingeleitet werde.



Vom Publikum wurde der Präsident der Tschechischen Republik für seine engagierten und streitbaren Ausführungen mit lebhaftem Beifall geehrt. Aus den Händen von Universitätspräsident Prof. Dr. Rüdiger Bormann erhielt er eine Urkunde, die ihn als internationalen Ehrengast der Universität Bayreuth würdigt und ihm für seinen vielbeachteten Festvortrag dankt.

Text und Redaktion:

Christian Wißler M.A.
Stabsstelle Presse, Marketing und Kommunikation
Universität Bayreuth
D-95440 Bayreuth
Tel.: 0921 / 55-5356 / Fax: 0921 / 55-5325
E-Mail: mediendienst-forschung@uni-bayreuth.de

Fotos: Peter Kolb; zur Veröffentlichung frei.

In hoher Auflösung zum Download:
www.uni-bayreuth.de/presse/images/2012/322